

Niedersachsen & Region

Hilfe für die Nachbarn im Dorf

Gemeinsam-Preis „Vielfalt Innerste“ entwickelt Projekte für die Nächstenhilfe, zum Beispiel Mitfahrbänke.

Von Valea Schweiger

Baddeckenstedt. Manchmal fügen sich ja die Dinge auf ganz wunderbare Art und Weise. Das beste Beispiel ist der Verein „Vielfalt Innerste – Gemeinnützige Nächstenhilfe“. Dessen Vorsitzender Reinhard Lingner war im Jahr 2016 auf der Suche nach neuen Sportlern für den Tischtennis-Verein. Das brachte ihn zu einer Gruppe Flüchtlinge, die fortan mitspielten.

Deren Bekanntschaft führte nun dazu, dass sich Lingner – neben vielen anderen Menschen in der Samtgemeinde Baddeckenstedt – in der Flüchtlingsarbeit einbrachte. Und das Engagement wiederum machte Lingner und einigen anderen klar, dass sie gern mehr für alle Menschen in der Samtgemeinde tun würden.

Deswegen wurde im Mai 2017 der Verein „Vielfalt Innerste“ gegründet. Das Ziel: Nachbarschaftshilfe für jeden, der sie möchte – unbürokratisch, herzlich und auf Augenhöhe. Mittlerweile sind rund 60 Menschen dem Verein beigetreten, knapp 25 engagieren sich aktiv. Im Vorstand wirken fünf Ehrenamtliche.

Zu tun gibt es genug: So möchten die Vereinsmitglieder einen Fahrerpool aufbauen, um den Menschen dort zu helfen, wo die Busverbindungen immer schlechter werden. Gerade sei man dabei, sich bei einer Stiftung um einen VW-Bus zu bewerben, berichtet Lingner. „Damit könnten wir zum Beispiel Fahrten zur Tafel nach Salzgitter anbieten.“ Es wäre nicht der erste Bus, den Reinhard Lingner organisiert: Täglich wird



Die Mitfahrbänke sollen Mitfahrgelegenheiten anlocken. Jürgen Karbstein (links), Melanie Ahmann und Reinhard Lingner sitzen schon einmal Probe.

Foto: Valea Schweiger

eine Gruppe Flüchtlinge mit einem Fahrzeug zur Arbeit gefahren und wieder abgeholt – weil Lingner ohne Scheu in Wolfsburg angerufen hat. „So ist er“, sagt Schriftführerin Melanie Ahmann lächelnd, „er spricht die Leute eben einfach an!“

Auch das zweite Projekt soll dort helfen, wo die öffentlichen Verkehrsmittel immer weniger werden: Mitfahrbänke. In den Ortschaften der Samtgemeinde sollen rund 20 Bänke aufgestellt werden. Wer von A nach B möch-

te, kann einfach Platz nehmen und wird dann hoffentlich alsbald von einem netten Autofahrer mitgenommen. Die ersten fünf Exemplare sollen noch im Sommer in Burgdorf aufgebaut werden. „Das ist eine gute Sache, weil viele Menschen einfach ohne Auto sind“, sagt Jürgen Karbstein, der stellvertretende Vorsitzende des Vereins. Der Klein Elber wird die Bänke gemeinsam mit Schülern von der Schule am Innerstetal zusammenbauen.

Gern würden Reinhard Lingner

und seine Mitstreiter auch eine Hausaufgabenhilfe etablieren, dafür fehlen allerdings noch ein paar engagierte Ehrenamtliche.

Mit diesen drei Vorhaben möchte der Verein nun erst einmal durchstarten, auch wenn es bereits weitere Ideen gibt, wie man die Menschen unterstützen könnte. „Aber so steigen wir zunächst ein und verzetteln uns nicht“, sagt Reinhard Lingner.

Vieles, was einen Verein ausmacht, die Arbeit, die dahinter steckt, ist natürlich auch Neuland

DER GEMEINSAM-PREIS



GEMEINSAM

Am 17. Mai ehrt unsere Zeitung mit dem Braunschweiger Dom zum 15. Mal Menschen für ihr Bürgerengagement. In den nächsten Wochen stellen wir hier täglich die Kandidaten für den Preis vor. Heute:

Name des Kandidaten: „Vielfalt Innerste – Gemeinnützige Nächstenhilfe“, ein Verein mit rund 60 Mitgliedern

Das Ziel: Projekte für die Nachbarschafts- und Nächstenhilfe

Die Partner: Regionale Netzwerke(r) und eine enge Zusammenarbeit mit der Samtgemeinde-Verwaltung

Kontakt: Reinhard Lingner, 01755941896, www.vielfalt-innerste.de

für die Vorstandsmitglieder. „Aber wir sind ein gutes Team, das sich unterstützt“, lobt der Vereinsvorsitzende. Gemeinsam will man sich einsetzen, denn: „Wie es mit den Menschen in der Samtgemeinde Baddeckenstedt weitergeht, das ist uns nicht egal.“

Rache – Lebenslange Haftstrafe

Der 23-jährige Angeklagte plante laut Gericht den Mord an einem Albaner.

Verden. Das Landgericht Verden hat einen 23 Jahre alten Albaner wegen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Mit dem Strafmaß entsprach Richter Volker Stronczyk am Mittwoch der Forderung der Staatsanwaltschaft, die in dem Angeklagten eine zentrale Figur bei der Planung und Ausführung des Mordes an einem 46-jährigen Albaner im Januar 2017 sah. Die Verteidigung hatte auf Freispruch plädiert.

Der Angeklagte habe als Motiv Rache gehabt, ob es Blutrache gewesen sei, lasse sich nicht feststellen, so der Richter. Bei dem Mordanschlag war der 46-jährige Albaner am 9. Januar 2017 in der niedersächsischen Kleinstadt Visselhövede am helllichten Tage von einem unbekanntem Sozios eines Motorrads erschossen worden. Das Opfer hatte in Albanien einen Cousin des Angeklagten getötet und dafür in seiner Heimat eine Haftstrafe verbüßt. Danach war der Mann aus Furcht vor Blutrache mit seiner Familie nach Deutschland geflohen.

Ein zweiter Angeklagter war in dem Prozess aus Mangel an Indizien frei gesprochen worden.

NACHRICHTEN

Bei Ex-Pfleger wird Schuldfähigkeit geprüft

Oldenburg. Vor dem Start eines neuen Prozesses gegen den bereits verurteilten Patientenmörder Niels H. will das Landgericht Oldenburg erneut seine Schuldfähigkeit prüfen lassen. Die Staatsanwaltschaft hat den Ex-Krankenpfleger wegen Mordes an 97 Patienten an den Kliniken in Delmenhorst und Oldenburg angeklagt. Sie wirft ihm vor, seine Opfer mit Medikamenten zu Tode gespritzt zu haben. H. hat die Taten nach Angaben der Ermittler weitgehend gestanden. Der Prozess soll am 30. Oktober starten. Wegen des Todes von sechs Patienten auf der Delmenhorster Intensivstation wurde er bereits zu lebenslanger Haft verurteilt.

Nach Messerattacke: Frau aus Koma erwacht

Hannover. Nach der Messerattacke in Burgwedel ist das 24 Jahre alte Opfer am Dienstag aus dem Koma erwacht. Das teilte die Staatsanwaltschaft Hannover am Mittwoch mit. Die Ermittler würden jetzt ein paar Tage warten, bis die Frau vernommen werden könne. Die 24-Jährige war am Samstagabend nach einem Streit im Supermarkt niedergestochen worden. Als Tatverdächtiger in Untersuchungshaft sitzt ein 17 Jahre alter Syrer. Die Tat löste eine politische Debatte über Jugendkriminalität und die Integration von Flüchtlingen aus. *dpa*

Schleuse wird vergrößert

Lüneburg. Einen ersten Schritt zum Neubau der Schleuse am Schiffshebewerk Scharnebeck haben Vertreter von Bund, Land und der Industrie- und Handelskammer getan. Sie schlossen am Mittwoch einen Kooperationsvertrag, das berichtet der NDR. Das Ziel: Künftig sollen auch größere Binnenschiffe die Schleuse im Landkreis Lüneburg passieren können. Nach Informationen von NDR 1 Niedersachsen stellen das Land und die Stadt Hamburg jährlich jeweils über fünf Jahre 90 000 Euro bereit, der Bund trägt zehn Millionen Euro bei.

Über das Schiffshebewerk überwinden Frachtschiffe derzeit einen Höhenunterschied von 38 Metern. Allerdings sind die sogenannten Tröge mit nur etwa 100 Meter Länge zu kurz für größere Binnenschiffe. Sie sollen auf 225 Meter verlängert werden.

Niedersachsens Verkehrsminister Bernd Althusmann (CDU) hatte im Vorfeld das bisherige Schiffshebewerk als Nadelöhr bezeichnet. Nach dem Neubau können mehr Güter aus dem Hamburger Hafen über den Elbseitenkanal nach Braunschweig, Hannover oder Osnabrück verschifft werden. *red*

Land will gegen Gülle-Flut vorgehen

Nach dem jüngsten Nährstoffbericht will die Regierung Risikogebiete ausweisen.

Von Michael Ahlers

Hannover. Gleich zwei Mitglieder der niedersächsischen Landesregierung sprachen Klartext. „Hier gibt es nichts zu beschönigen“, sagte Agrarministerin Barbara Otte-Kinast (CDU). Und Umwelt-Kollege Olaf Lies (SPD) erklärte zum jüngsten Nährstoffbericht von Agrarministerium und Landwirtschaftskammer, der Bericht sei besorgniserregend. „Die Bevölkerung hat ein Recht auf qualitativ hochwertiges Trinkwasser“, betonte Minister Lies.

Dass im Agrarland Niedersachsen die Intensivlandwirtschaft zu erheblichen Umweltproblemen führt, ist seit langem bekannt. Acht viehstarke niedersächsische Landkreise überschreiten laut Wirtschaftsdüngerbilanz im aktuellen Nährstoffbericht 2016/2017 die Obergrenze für Stickstoff. Der Gülle-Export aus der Region Weser-Ems, Schwerpunkt der Tierhaltung, stieg auf 3 Millionen Tonnen. 221 433 Tonnen davon gingen in die Region Braunschweig, etwas mehr als zuvor. „Viel zu viel Stickstoff und Phosphat sind im Nährstoffkreislauf



Ein Landwirt betankt sein Gespann mit Gülle, um diese anschließend auf einem Feld auszubringen.

Archivfoto: Philipp Schultze/dpa

vorhanden“, räumte Otte-Kinast ein. 68 000 Tonnen beträgt der Überschuss bei Stickstoff, rund 30 000 Tonnen sind es bei Phosphat.

Die Folgen sind gravierend. Laut Landwirtschaftskammer hat beispielsweise jede zweite der „Grundwasser-Gütemessstellen“ der zuständigen Landesbehörden eine Nitratkonzentration von mehr als 50 Milligramm pro Liter. Von einem „zu hohen Niveau“ hatte mit Blick auf diesen Wert jüngst der Technische Leiter des Wasserverbandes Peine, Michael Wittemann, gesprochen. Und: Nur zwei Prozent der Oberflächengewässer im Land erreichen

die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Eine Klage der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik wegen Nichteinhaltens der Nitrat-Richtlinie läuft. Mitte 2017 war bundesweit eine strengere Düngeverordnung in Kraft getreten – nicht zuletzt auf Betreiben des damaligen niedersächsischen Agrarministers Christian Meyer (Grüne).

Damit habe man auch gegenüber der EU ein ernsthaftes Zeichen gesetzt, sagte Otte-Kinast nun. Die Grenzwertüberschreitungen und teilweise auch Mengenerhöhungen laut jüngstem Bericht erklären sich laut Landesregierung aus den strengeren

Vorgaben der neuen Düngeverordnung. So müssen neben tierischem Dung nun auch pflanzliche Gärreste angerechnet werden.

Die Landesregierung will nun Risikogebiete ausweisen und mit Prüfungen und Proben besonders an die Kandare nehmen. Die betroffenen Gebiete liegen – wie etwa der Kreis Cloppenburg oder Vechta – im Nordwesten. Otte-Kinast schließt auch nicht aus, dass Betriebe ihren Tierbestand verringern müssen. „Wenn ein Betrieb einfach die Fläche nicht hat für den anfallenden Wirtschaftsdünger, dann wird man letztendlich irgendwann mal sagen müssen: keine Fläche, keine Tiere – oder weniger Tiere“, erklärte Otte-Kinast bei der Pressekonferenz im Landtag.

Die Gülleflut müsse durch die Reduzierung von Tierzahlen und Massentierhaltung eingedämmt werden, erklärte die Grünen-Landtagsabgeordnete Miriam Staudte. „Wir brauchen den Einsatz moderner Technik, um Düngemengen exakter auf den Feldern ausbringen zu können“, forderte dagegen die FDP-Fraktion – und warnt vor einem Höfesterben.